

DEUTSCHE MORGENAUSGABE

Bezugspreis:

frei ins Haus monatlich 4.— Mark.

Einzelnummer 30 Pfg.

Bestellungen sind an die Expedition
Brotbränkengasse Nr. 14, zu richten.

GAZETA DZIENNIK GDANSKI



Nr. 5

Danzig, den 9. Dezember 1921

I. Jahrg.

Grosse Anfrage der polnischen Fraktion im Volkstag.

Danzig, 7. XII.
Heute richtete die poln. Fraktion des Volkstages folgende Anfrage an den Senat:

„Ist dem Senat bekannt, dass unter der Bezeichnung „Postkompanie“ eine bedeutende Anzahl von Beamten der Post- und Telegraphenverwaltung der Freien Stadt unter der Leitung eines Sekretärs Engel eine nach militärischem System organisierte Vereinigung, resp. Körperschaft bilden, welche entgegen den Vorschriften des Entwaffnungsgesetzes mit Maschinen-Gewehren und Gewehren neuester Konstruktion, und Munition ausgerüstet und mit Koppel, Patronentaschen und Joppe versehen sind?

Diese „Postkompanie“ hielt bis vor Kurzem regelmässige Uebungen ab und stand am 4. August d. Js. in

Alarmbereitschaft. Die Mitglieder wurden zu jener Zeit mit Mk. 25,— pro Tag der Bereitschaft, sonst für Teilnahme an den Uebungen mit Mk. 5,— entlohnt.

Wer lieferte an die „Postkompanie“ die Waffen?

Aus welchen Mitteln wurde diese Anschaffung, sowie jene für Koppeln, Patronentaschen und Joppen und Munition gedeckt?

Wer bezahlte die Tagegelder?

Ist dem Senat bekannt, dass während der Bereitschaft am 4. 8. d. Js. Mitglieder dieser „Postkompanie“ Drohungen gegen Teile der Bevölkerung der Freien Stadt und Aeusserungen, wie „wir werden den Polen schon den Korridor wegnehmen!“ laut werden liessen?“

Die Deutschen in Polen.

Die Rede des polnischen Ministerpräsidenten Herrn Ponikowski, die geschichtliche Erinnerungen enthielt und das Verhältniss zur deutschen Bevölkerung in Polen beeindruckte, hat ein vielzüngiges Echo in der Berliner Presse hervorgerufen. Auch die Deutschen in Polen haben sich mit dieser Rede vielfach befasst und sie beantwortet. Aus den Bemerkungen der deutschen Presse von Łódź besonders geht hervor, dass die polnischen Staatsbürger deutscher Nationalität sich nicht nüchtern die Gefahren einer Politik überlegt haben, wie sie von ihren Anführern getrieben wird. Insbesondere zeichnet sich der Artikel des E. v. Behrens in der „Łodzer Freien Presse“ sowohl durch die impertinente Form, wie auch durch den taktlosen Inhalt aus. Es lässt sich aus diesem Artikel der Schluss ziehen, dass unter den Deutschen in Polen nicht immer klares Verständnis für die nun einmal geschaffene politische Lage herrscht. Nur Leute, welche alles was der preussische Staat seit der Zeit Bismarcks in den polnischen Gebieten getan hat für gut dem Recht der Moral und der Gerechtigkeit entsprechend halten, kommen sich der Illusion hingeben, dass der polnische Staat sich mit den vollzogenen Tatsachen abfinden und den status quo anerkennen wird. In Wirklichkeit verurteilten nicht die Polen allein diese preussische Politik als menschenunwürdig und unedel. Die ganze zivilisierte Welt teilte diese polnische Ansicht und das noch lange Zeit vor dem Kriege von 1914. Wer weiss, ob gerade die ganze preussische Polenpolitik und das Verhältnis des preussischen Staates und des deutschen Reiches zu den Polen nicht schliesslich der ganzen Welt die Augen geöffnet, und die Völker gewarnt hat, die Beziehungen zwischen den Nationalitäten auch fernerhin in diesem Geiste sich entwickeln zu lassen. Das Jahr 1908 als das Jahr des unerhörten Enteignungsrechtes, wirkte gerade in dieser Beziehung wohl entscheidend und bahnbrechend. Haben die Deutschen wohl geglaubt, die Polen könnten als Herren bei sich zu Hause die Folgen dieser unheilvollen Politik auf sich berufen lassen, hatte jemand sich einbilden können, dass Polen nunmehr sich damit abfinden würde, dass Posen und Pommerellen zum Teil mit Hilfe eines ungeheuren Staatsapparates und unter dem Druck des aldeutschen Dranges nach Osten verdeutscht worden war? Den alten polnischen Charakter dieser seit jeher polnischen Gebiete wiederherzustellen, musste die Bemühung des polnischen Volkes werden. Das Recht hierzu hat auch ausdrücklich der Friedensvertrag von Versailles Polen zuerkannt, indem er Polen sämtliche rechtlichen Mittel in die Hände gab, mit Hilfe derer man alles, was künstlich aufgezwungen und unmenschlich war, wieder beseitigen konnte. Mit einem solchen natürlichen Lauf der Dinge konnte sich die deutsche Bevölkerung scheinbar jedoch nicht abfinden. Sie richtete an den Völkerbund einen Protest, in welchem sie von Verfolgung des deutschen Elements, besonders in dem ehemaligen preussischen Teilgebiet von verschiedenen Massnahmen der polnischen Regierung, die auf die Entdeutschung jener Gebiete hinzielten, von massenhaften Kündigungen des staatlichen, kommunalen und privaten Dienstverhältnisses von deutschen Beamten und Lehrern zu erzählen wissen. Zum Schlusse ihres Protests schreibt verlangen die Verfasser dieser „lebentlichen Bitte“ ein Einschreiten des Völkerbundes in innerpolitische Verhältnisse. Eben diesen Schritt der deutschen Bevölkerung hat der polnische Ministerpräsident Ponikowski in seiner Posener Rede als einen zu weitgehenden eigenmächtigen Schritt der deutschen Minderheit getadelt und verurteilt. Es ist wohl ohne Weiteres klar, dass die polnische Regierung ohne Schwierigkeiten vor dem Völkerbund ihre Massnahmen zu rechtfertigen wissen wird, wenn sie überhaupt jemals auf die Tagesordnung in Genf gesetzt werden sollte. Es ist anzunehmen, dass

auch die Deutschen selber das begreifen, sind sie doch nicht so naiv, in Wirklichkeit an ihre eigenen Klagen über „polnische Ungerechtigkeiten“ zu glauben. Aber sie sollen sich nicht wundern, wenn die öffentliche Meinung der Polen diesen ihren Schritt nur als Probe auseinander wird, die polnischen internationalen Schwierigkeiten zu vermehren und der polnischen Regierung Steine in den Weg zu werfen. Und wenn es so ist, dann sollen sie auch nicht darüber staunen, wenn die öffentliche Meinung in Polen von nun an die Rolle der Deutschen in Polen mit anderen Augen ansehen wird. Bis dahin überwog in Polen unter der polnischen Bevölkerung eher die Meinung, dass die deutsche Minderheit, nachdem sie sich mit den historischen Notwendigkeiten abgefunden hat, einst ein nützlicher staatsaufbauender und bildender Faktor werden dürfte. Es gab doch gewisse Vorgänge, die diese Ansicht stützten. Daraum hat sich die polnische öffentliche Meinung im Allgemeinen weniger eingehend und recht gemässigt verschieden verdächtigen Tätigkeiten gewisser deutscher Elemente in Polen gegenüber benommen. Man rechnete nämlich in Polen und tut es auch heute noch, dass die Zeit eine Ernüchterung mit sich bringen wird. Das erst kürzliche Auftreten eines von den deutschen Abgeordneten im polnischen Reichstag, der sich für die Solidarität mit Juden, Russen und Litauern erklärte, vermochte die Presse der Hauptstadt Polens durchaus nicht aus der gemässigten Haltung zu bringen. Heute sehen wir jedoch ein, dass dieser Optimismus vielleicht nur zum Teil auf die Dauer wird aufrecht erhalten werden können. Es wird dies in hohem Masse von dem ferneren Verhalten der deutschen Minderheit in Polen abhängen. Der Łodzer Redakteur macht sich über die Erklärung des polnischen Ministerpräsidenten, dass in Polen die Polen regieren, lustig, indem er schreibt, dass jeder Deutsche, Ruthene, Israelit, Russe und Litauer in eben dem Masse in der Rolle eines Wirtes in Polen auftreten kann, wie eine Exzellenz, die slavisch-römisch-katholisch ist, und deren Name aufski endet. Diese Auslassungen der „Łodzer Freien Presse“ bedeuten, wie der „Kurier Warszawski“ ganz richtig feststellt, ein unfreiwilliges Lob, welches der Redakteur der Gerechtigkeit der polnischen Republik zollt. Vielleicht würde man diese Auseinandersetzung, die auf den Lippen eines Menschen, dessen grausame Landsleute nicht einmal die Existenz und Existenzberechtigung einer polnischen Nationalität anerkannten, mit Ruhe und sogar mit Vergnügen anhören, wenn ihnen Tatsachen vorangegangen wären, die von wirklich loyalen staatsbürgerlichen Gefühlen der Deutschen in Polen zeugen würden. Es soll in Wirklichkeit ja so sein, dass die völkischen Minderheiten in Polen obwohl sie eine zugewanderte Bevölkerung darstellen, sich in Polen wie zu Hause fühlen. Allerdings mit einem Vorbehalt, dass sie keine Intrigen gegen den polnischen Charakter des Reiches spinnen werden und dass ihnen die polnischen Interessen des Staates genau so teuer sein werden, wie den Polen selbst.

Auf diese Stimmung unter den Deutschen werden wir allerdings noch lange warten müssen, schreibt der „Kurier Warszawski“. Was dagegen die deutschen Bürger anbetrifft, so steht zu erwarten, dass ihr praktischer Sinn ihnen den eigentlichen Weg, auf dem sie werden schreiten müssen, erst dann weisen wird, wenn die Überzeugung von der Dauerhaftigkeit des polnischen Staates in ihrem Bewusstsein bereits festen Fuß gefasst haben wird und die Revancheideen im deutschen Reiche verblasst sein werden. Dann würden die Polen an den Deutschen wertvolle Helfer und Mitarbeiter gewinnen, sowohl in der Wirtschaft und dem Handel, als auch in der Staats- und Kommunalverwaltung. Leider ist bis dahin noch ein gutes Stück Wege. Diesen Weg

zu verlängern, dürfte gewiss nicht im Interesse der Deutschen liegen. Ihre Proteste an den Völkerbund und ihre Ansage einer gemeinsamen Aktion mit den übrigen Minderheiten der polnischen Republik dürften noch lebhafter die polnische öffentliche Meinung darauf hindrängen, alle die Rechte auszumutzen, die sich aus dem Buchstaben und dem Geist des Friedensvertrages von Versailles ergeben.

Nicht in die Vergangenheit schauen sollte die deutsche Minderheit in Polen, sondern in die Zukunft blicken, mit den gegebenen politischen Zuständen ernstlich rechnen und an dem Aufbau des gemeinsamen polnischen Staates in friedlichem Einvernehmen mit der polnischen Bevölkerungsmehrheit zusammenzuarbeiten.

Die Innere Lage Polens.

Die polnische und vor allem die ausländische Presse ergeht sich zeitweise in düsteren Schilderungen der wirtschaftlichen Lage Polens oder gar der Unfähigkeit der Polen, ihre eigene Volkswirtschaft selbst zu organisieren. Wie steht es indes in Wirklichkeit?

Polen hat es verstanden, im Monat November, also gerade in dem Monat, in welchem die Lebensmittelpreise in Deutschland und Österreich unerhört in die Höhe geschossen sind, die Flut der Teuerung im Lande einzudammen und schliesslich ganz aufzuhalten.

Es ist dies das erste Mal seit Ausbruch des Krieges, d. h. seit 1914. Die Befestigung der Preise und die Stabilisierung der Werte, das ist der erste Sieg der polnischen Republik über Spekulation und Wucher. Dieser Erfolg polnischer Wirtschaftsorganisation erstrahlt in umso hellerem Lichte, wenn man bedenkt, dass gerade in diesem selben Zeitabschnitt in Deutschland bisher unbekannte Teuerung um sich gegriffen hat. Die Kaufkraft des polnischen Geldes und somit das wirtschaftliche Ansehen Polens ist eben in die Höhe gegangen, während gleichermassen deutsches Geld und Deutschlands Wirtschaft in der Wertschätzung der Welt gesunken ist.

Die Unterdrückung der deutschen Minderheit in Polen.

Bescheidene und massvolle Worte hat der polnische Ministerpräsident Ponikowski in Posen an die deutsche Minderheit in Polen gerichtet. Und doch haben diese ganz natürlichen Auslassungen genügt, nicht nur in den Reihen der reichsdeutschen Presse Beunruhigung herzorzuführen, sondern sogar die Gemütsruhe des Herrn Wirth zu stören. Ganz ohne jeden Grund. Es gibt nämlich genug Beispiele in Polen, die von einer gerechten Behandlung der deutschen Minderheit das schönste Zeugnis ablegen. Es sei ein Beispiel aus dem öffentlichen Leben Bydgoszcz's (Brombergs) angeführt.

Dort unterhält die polnische Regierung auf eigene Kosten ein Seminarschülerinternat und dies für die gewis geringe Zahl von 200 Deutschen, während für die polnischen Bürger eine derartige Einrichtung bisher nicht bestanden hat.

Während der deutschen Einwohnerschaft, die eine Kopfzahl von 24 000 aufweist, 10 evangelische Kirchen zur Verfügung stehen, ist die 80 000 Einwohner zählende polnische Bevölkerung der Stadt gezwungen, in drei Gotteshäusern sich zusammenzupferchen.

Man bedenke dazu, dass das anmutige Klarissinnenkirchlein die preussische Regierung seinerzeit in einen Feuerwehrschuppen umgewandelt hat, welcher impetuelle Zustand bis zum heutigen Tage sich erhalten hat.

Dem Scharfsinn und der Gebefreudigkeit des polnischen Ministerpräsidenten Ponikowski erst, der für ein polnisches Internat und eine ebensolche Kirche 400 000 M. bereitgestellt hat, ist es zu verdanken, dass dieser Zustand geändert wird.

Ob man wohl in Deutschland in gleichen Verhältnissen ähnlich gehandelt hätte? Ob man da nicht einfach kurzen Prozess gemacht und ein polnisches in ein deutsches Internat kurzerhand umgewandelt hätte?

Eine Beschwerde an den Völkerbund ist eben leicht geschrieben, eine empörte Pressekampagne nicht schwer inszeniert, doch die tatsächlichen Verhältnisse und eine gerechte Beurteilung dieser sollte doch zu ernsterem Handhaben der Feder und zu sparsamerem Gebrauch der Zunge mahnen.

Polen errichtet Schulen mit hebräischer Unterrichtssprache.

„Przegląd Wieczorny“ erfährt, dass das polnische Kultusministerium eine jüdische Petition die die Errichtung von Schulen mit dem Jargon als Unterrichtssprache verlangte, abschlägig beschieden hat, dagegen erklärte das Ministerium den Petenten, der Errichtung von Schulen mit hebräischer als Unterrichtssprache nichts in den Weg legen zu wollen. Als Petent trat die jüdische Handwerkskammer in Warschau auf. Ob die jüdische

Handwerkskammer den Plan, hebräische Schulen in Polen zu errichten, aufrechterhält, ist unbekannt. Jedenfalls zeigt diese Stellungnahme der polnischen Regierung wie weit die Toleranz Polens der jüdischen Bevölkerung gegenüber zugehen jederzeit bereit ist. Von irgendeiner Benachteiligung der Juden in Polen kann somit wie an diesem Beispiel ersichtlich, gar keine Rede sein.

Aus Oberschlesien.

Ein polnischer Ausschuss im deutschen Teil.

In dem bei Deutschland verbliebenen Teile Oberschlesiens hat sich, wie man aus Kattowitz zu berichten weiß, ein polnischer Ausschuss gebildet. Die Zusammensetzung dieses Ausschusses ist folgende:

Pfarrer Karl Mathejak-Szobieszowicz Vorsitzender, Paul Dubiel aus Zabrze, Franz Krawiec und Adam Napielski, Vertreter des Vorsitzenden; Eduard Rybarz, Sekretär; Paul Paciejczyk aus Beuthen Kassierer. Der polnische Ausschuss hat an die polnische Bevölkerung des bei Deutschland verbliebenen Teiles Oberschlesiens einen Aufruf erlassen. Der Aufruf fordert zu einer friedlichen Politik des Einvernehmens mit der deutschen Bevölkerung auf, verlangt die Gleichberechtigung von Polen und Deutschen in diesen Gebieten und die Autonomie, welche die deutsche Regierung seiner Zeit den Oberschlesiern feierlich versprochen hatte. Der Aufruf ermahnt schliesslich die Bevölkerung, nicht den Mut zu verlieren und sich nicht der Verzweiflung hinzugeben. Der Aufruf betont u. a., dass die polnische Bevölkerung dieses Teiles Oberschlesiens auf Grund des Genfer Abkommens die deutsche Staatshoheit anerkannt und sie für die Grundlage ihrer politischen Existenz erklärt, wie es die deutsche Bevölkerung in dem Polen zuerkannen Teile Oberschlesiens gegenüber tut.

Die künftigen polnischen Behörden in Oberschlesien.

In unserem letzten Artikel gaben wir einen allgemeinen Ueberblick über die augenblickliche Lage in Oberschlesien. Für die zukünftige Gestaltung der behördlichen Organisationen in dem Polen zuerkannten Gebiete sind bereits die entsprechenden Massnahmen von polnischer Seite im Gange. In Kattowitz in dem roten Gebäude des früheren „Deutschen Hauses“ ist die „Naczelnna Rada Ludowa“ untergebracht. Diese „Naczelnna Rada Ludowa“ wurde seiner Zeit nach dem Parteienschlüssel gebildet. Sie setzt sich zusammen aus den

Vertretern der Poln. Nat. Arb. Partei (U. P. R.); dem Abgeordneten Rymer als Vorsitzenden, Pfarrer Dr. Kubina, Dr. Górník, den man als den künftigen Oberbürgermeister von Kattowitz bezeichnet, Herrn Grejek vom Bergarbeiter Verband und Sikora vom Metallarbeiterverband. Von der polnischen soz. dem. Partei (P. P. S.) gehören der Nacz. Rad. Lud. an, der Redakteur der „Gazeta Robotnicza“ Herr Emil Casvari, Herr Wiechula vom Zentralvorstand der Gewerkschaften und Herr Bobek vom Chrześcijańskie Zjedn. Lud. (Christliche Volksvereinigung, entspricht der polnischen Nationaldemokratie) die Herren Kowalczyk Jan, Josef Grzegorak. Von den Volksparteiern Kupilas, von der Oberschl. Volkspartei Herr Augustyn Potempa und Dr. Ogórek. Die so organisierte Rada Naczelnna soll die provisorische Rada Wojewódzka (Provinzialausschuss) mit Ereängung einiger Herren aus Teschener Schlesien (früheres österr. Schlesien) und zwar: Pfarrer Brzoska aus der Gruppe des Pfarrers Londzin, Prof. Popiolek von der Teschener Volkspartei, Machej als Vertreter der Sozialdemokraten und Zipser als Repräsentant der Bielitzer Industriellen. Ausserdem sollen in den Provinzialausschuss drei Vertreter der Deutschen Schlesiens Sitze und Stimme haben. Obwohl offiziell eine polnische Behörde noch nicht vorliegen ist, existieren schon ihre einzelnen Abteilungen unter Generalleitung von Herrn Riemer, der als der zukünftige wahrscheinliche Wojewode und Herr Żurawski der Leiter der Teschener Regierungskommission als wahrscheinlicher Vicewojewode die Verbindung mit der Zentralregierung in Warschau herstellt. Die Verwaltungsabteilung leitet der Rechtsanwalt Kempka und die Abteilung für öffentliche Gesundheit Dr. Rostek Chef der Gerichtsabteilung ist Herr Bocheński, der Finanzabteilung der Herr Pawlita, für Berg- und Hüttenindustrie, Herr Ingenieur Kiedroń, Chef der Präsidialabteilung Herr Dabrowski, die letzten alle aus Teschener Schlesien. Einen ausgezeichneten Leiter der Schulabteilung hat die Rada Wojewódzka in Herrn Dr. Stein gewonnen. Die Abteilung für Arbeit und öffentliche Wohltat leitet Dr. Borth. Syndikus der Nacz. Rad. Lud. ist Herr Rechtsanwalt Wolny. Die Naczelnna Rada Ludowa soll in die Prowizoryczna Rada Wojewódzka (Provisorischer Provinzialrat) umgeändert werden. Die Machtbefugnisse dieses provisorischen Provinzialrats werden nach dem automatischen Statut der polnischen Regierung sehr weit reichende sein, nähmlich nicht blos verwaltungstechnische, sondern auch gesetzgeberische und die Gerichtsverwaltung betreffende. Die Machtbefugnisse sollen nach dem Statut noch vierzehn Tage nach Zusammenberufung des schlesischen Sejm in Kraft bleiben. Der Sejm der polnischen Autonomen Wojewodschaft Schlesien (Oberschlesien und Oesterr. Schlesien als Einheit) soll spätestens in 80 Tagen nach der Übernahme durch die polnischen Behörden einberufen werden. Dieser Sejm wird sodann die definitive Rada Wojewódzka wählen.

Polnische Pressestimmen.

Sieg einer Regierung der festen Hand.

Der Krakauer „Czas“ bespricht den Erfolg des polnischen Finanzministers im Warschauer Reichstag und schreibt unter anderem: Die Forderung des Ministers Michalski und der darauffolgende entsprechende Entschluss des polnischen Reichstags ist das Anzeichen einer Rückkehr zu normalen Verhältnissen besonders in der polnischen Schatzpolitik d. h. zu Verhältnissen der

wie bisher über die Ausgaben des Staates zu bestimmen haben, aber in jenen Fällen, wo der das Vertrauen des polnischen Reichstages geniessende Finanzminister sein Veto einlegt, wird der Reichstag ihn zu der Ausgabe nicht zwingen und das Reichsbudget nicht aus der Gleichgewichtslage bringen. Wenn der Finanzminister den Reichstag nicht überzeugt hat und der Reichstag meint, dass der Minister in dem betreffenden Falle zu geizig oder zu ängstlich handelt, hat der Sejm das Recht, den Minister zu stürzen und einen neuen zu berufen. Der Sejm weiss sodann jedoch, dass er selbst die Verantwortung für die übermässigen Ausgaben und für die Erschütterung des Budgets auf sich nimmt. Er weiss davon und das polnische Volk wird davon wissen. Eine so klare und energische Erledigung dieser Frage und die Durchführung des betreffenden Beschlusses vorläufig im Finanzausschuss und bald gewiss auch im Reichstag, ist ein grosses Verdienst und ein nicht minder grosser Erfolg des Finanzministers. Es zeigt sich, dass endlich nach vielem Hin und Her die Vernunft und die sachliche Ueberlegung die Oberhand gewonnen hat. Herr Michalski ist energisch vorgegangen und hat sämtliche Widerstände überwunden. Das polnische Volk hat Grund genug, sich über den Sieg des Finanzministers im polnischen Reichstagsausschuss zu freuen. Erstensmal deshalb, weil der Reichstagsbeschluss die Gewähr für eine fortschreitende Gesundung unserer Finanzverhältnisse bietet und uns dem Ideal einer ins Gleichgewicht gebrachten Staatsbilanz näher bringt. Zweitens deshalb, dass sich bei uns in Polen der Grundsatz durchsetzt, dass die Regierung zum regieren, der Reichstag aber zur Kontrolle und Beschlussfassung da ist. Beide Teile aber sind in gleichem Masse Organe des Volkes und müssen miteinander im Einvernehmen vorgehen, wenn das Reich sich normal und ohne Erschütterungen entwickeln soll. Auf diese Weise hat Herr Michalski vorerst zwar nur in einer Beziehung, aber in einer sehr wichtigen. Bresche geschlagen, nämlich in dem Grundsatz, eine starke Regierung ist eine ideale Regierung. Der Vertreter der Regierung zeigte Standhaftigkeit und eiserne Willenskraft, überwand die Einwendungen der Oppositionspartei, die Skrupel der befreundeten Parteien, schrak nicht vor den Drohungen, die seinen Sturz voraussagten zurück, appellierte an die öffentliche Meinung und gewann diese für sich, und der Reichstag folgte nobis volens seinem energischen Willen.

Telegramme.

Grabski, Referent für den Danzig-polnischen Vertrag.

Zum Referenten für den Danzig-polnischen Vertrag vor dem polnischen Reichstag wurde der nationaldemokratische Abgeordnete Stanisław Grabski bestimmt. Das Referat über den pommerellischen Korridor übernahmen die Abgeordneten Kamieniecki und Chadzyński.

Freilassung des Pfarrers Gabka.

Kattowitz, 8 XII. (PAT.) In diesen Tagen wurde auf Befehl des Breslauer Generalstaatsanwalts aus dem Strafgericht der Pfarrer Gabka aus Zabelkau freigelassen. Pfarrer Gabka ist bekannt als polnischer Patriot. Als man vor der Abstimmung den deutschen Kaufmann Ackerhalt überfiel, wurde Pfarrer Gabka unter dem Vorwand, das Verbrechen angestiftet zu haben, verhaftet. Obwohl sich seine volle Unschuld herausgestellt hatte, hielten die Deutschen ihn von Anfang ds. Jhs bis zum 3. Dezember im Gefängnis. Es ist zu bemerken, dass während der Festnahme Orgeschtruppen den Pfarrer Gabka mishandelt und deartig übel zugerichtet haben, dass er infolge der erlittenen Wunden längere Zeit hindurch mit dem Tode rang.

Sparsamkeitsmassnahmen in Polen.

Warschau, 8. XII. (PAT.) Der polnische Ministerrat hielt am 6. ds. Mts. zwei Sitzungen ab. Die erste Sitzung dauerte von 2—4 Uhr nachm. Es wurde beschlossen, dass Ministerium für Volkernährung mit dem 31. ds. Jhs. aufzulösen. Gleichzeitig hören auf, ihre Amtstätigkeit auszuüben: das Staatliche Einkaufsamt (Puzzapp), das Staatsgetreideamt, das Reichskartoffelamt und das Beamtenprovisionsamt. Die Durchführung der endgültigen Auflösung des Ministeriums für Volkernährung und seiner Unterämter wurde dem Finanzministerium übertragen. Während der zweiten Sitzung des Ministerrats, die um 11 Uhr nachts begann wurde die Auflösung der Bezirksdirektionen für den Wiederaufbau besprochen. Alle diese Massnahmen zeigen, dass die polnische Regierung entschlossen ist ihre Ausgaben bis zum Minimum einzuschränken und mit möglichster Sparsamkeit zu arbeiten, um Finanzen und Wirtschaft des polnischen Reiches einer endgültigen Gesundung zuzuführen.

Zurückziehung polnischer Noten aus dem Verkehr.

Warschau, 8. XII. (PAT.) Die polnische Staatskasse (Polska Krajowa Kasa Pożyczkowa) erinnert noch einmal daran, dass Banknoten zu 1, 5 und 20 poln. Mark auf rosa Papier mit dem Datum des 7. Mai 19 in den einzelnen Abteilungen und Aemtern der PKKP. nur noch bis zum 31. Dezember ds. Jhs. einschliesslich eingewechselt werden. Dieser Termin wird nicht verlängert. Banknoten, die bis dahin nicht ausgewechselt worden sind, verlieren ihre Gültigkeit.

Ein sonderbarer Kenner Pommerellens.

Der Westpreussische Schulverein veranstaltete zur Propaganda seiner Ziele in Marienwerder einen Vortragsabend. Bürgermeister Goerde griff die Polen an und behauptete fälschlicherweise, dass sie das Deutschtum unterdrücken und deutsche Lehrer vertreiben wollen. Den Herrn Bürgermeister übertraf bei weitem noch der Herr Oberstudiedirektor Wernike, der in sei-

ner Rede erklärte, dass es in Westpreussen eigentlich einige tausend Polen gibt, die übrigens seien nichts anderes wie slavische Deutsche. Die Kriegsstürme, erklärte der Herr Oberstudiedirektor und Kenner Pommerellens die über das Land hinweggefegt sind und die Staatszugehörigkeit verändert haben, verwandelten gute Deutsche in Menschen, die wir heute polnisch-sprechende Leute nennen können. Soweit Herr Studienrat Wernike. Also in Pommerellen wohnen „Slavische Deutsche“ und „polnisch sprechende Leute“, echte Polen dagegen gibt es sehr wenig. Dieser interessante Oberstudiedirektor gehört noch zu den Wackeren alten preussischen Stammes, die nichts vom Geiste der Zeit verspürt haben. Die preussische Polenpolitik hat bekanntlich mit der Gemütsverfassung und dem Aufwande von Intelligenz des Herrn Wernike seinerzeit im ehemals preussischen Teilgebiet statistische Berechnungen ange stellt. Man kann sich vorstellen, was die Welt aus diesen Statistiken herauslesen konnte.

Amerika mit dem neuen Vierbund zufrieden.

Rom, 7. XII. (PAT.) Die Nordamerikanische Presse bespricht lebhaft die Tatsache des Erlöschen des englisch-japanischen Bündnisverhältnisses und begrüßt mit grosser Gemütuung die Erweiterung dieses Bündnisses durch den Hinzutritt der Vereinigten Staaten und Frankreichs.

Eine neue Eisenbahnlinie in Oberschlesien.

Kattowitz, 8 XII. (PAT.) Der Magistrat der Stadt Beuthen und die Stadt Zabrze haben Schritte in die Wege geleitet, um die Erlaubnis zum Bau einer neuen Eisenbahnlinie durch Bobr nach Zabrze zu erwirken. Die Notwendigkeit, diese neue Eisenbahnlinie zu bauen, ergab sich aus den neuen Verhältnissen, welche die Grenzlinie durch Oberschlesien auf Grund des Genfer Schiedsspruches gezogen haben.

Polen schliesst auch mit Russland einen Handelsvertrag.

Warschau, 7. XII. (AUE.) Die polnische Regierung hat sich mit der Schliessung eines Handelsvertrages auch mit Russland einverstanden erklärt. Von dieser Geneigtheit der poln. Regierung wurden die Vertreter von Sowjetrussland und der Sowjetukraine in Warschau benachrichtigt.

Ende des Bergarbeiterstreiks in der Tschechoslowakei.

Prag, 6. XII. Der Minister für Arbeit und öffentliche Wohlfahrt erklärte heute im tschechischen Parlament, dass die Arbeitgeber alle Bedingungen der Bergarbeiter angenommen hätten, so dass jeden Augenblick mit der Beendigung des Streiks gerechnet werden müsse. Von der Annahme der Bedingungen benachrichtigten die Vertreter der Arbeitgeberschaft die Arbeiter im Ostrau-Karwiner Revier die streikenden Arbeiter sofort telegrafisch.

Jeder will Russland ausnutzen.

Rom, 8. XII. (Radio.) Während der Tagung des Italienischen Reichstages brachten die kommunistischen Abgeordneten einen Antrag ein, in welchem sie verlangen, dass Italien in nähere Handelsbeziehungen mit Russland treten soll. In ihrem Antrag erinnern die Kommunisten daran, dass Russland grosse natürliche Reichtümer besitzt, und dass England und Deutschland schon seit längerer Zeit die Absicht verraten, Russland auszubuten. Die Folge einer Vernachlässigung dieser Frage durch Italien könnte nach Ansicht der Kommunisten die sein, dass Italien später unter Umständen gezwungen wäre, gewaltige Summen für Rohstoffe an jene Staaten zu zahlen, die ihm auf dem russischen Markt den Rang abgelaufen hätten. Der Minister des Auswärtigen Della Toretta erklärte in Beantwortung des Antrages, dass die Schliessung eines Handelsvertrages mit Russland aus politischen Gründen vorläufig vertagt worden sei.

Wirtschaftlicher Teil.

Die im Freiverkehr in Warschau gezahlten Gold- und Silberpreise betragen: 1 Goldmark = 700, 1 Dolar = 3.150 Papiermark; eine Silbermark 225, eine Silberkrone 200, ein Silberdollar 2.900, russische silberne Scheidemünzen 350 Papiermark.

Der Handel Polens mit der Ukraine. In Polen ist eine Kommission des Kiewer Volkskommissariats für Handel eingetroffen, um die Einfuhr von Waren, im Werte von 2½ Milliarden Rubel in die Wege zu leiten. Außerdem soll die Kommission die Ausfuhrmöglichkeit für ukrainische Rohstoffe nach Polen prüfen.

Einfuhr dänischer Butter nach Polen. Um der Butterspekulation wirksam begegnen zu können, ist das Schatzministerium mit dem Handelsministerium übereingekommen, Butter aus Dänemark zu beziehen. Auf Grund dessen wurde beschlossen den Zoll in Höhe von 4.000 Mark pro 100 kg. Butter und 16.000 Mark für 100 kg. Käse abzuschaffen. Das Schatzministerium hat sich mit der dänischen Gesellschaft zwecks Erleichterung des Buttertransports aus Dänemark in Verbindung gesetzt. Die dänische Gesellschaft hat bereits diesbezügliche Schritte unternommen. Das Finanzministerium hat sich an das Eisenbahministerium mit dem Ersuchen gewandt, die nötigen Waggons für die in Betracht kommenden Transporte, welche grössten Teils für Genossenschaften bestimmt sind, sicherzustellen. Außerdem sollen sich die Kooperativ-Gesellschaften und kommunale Verpflegungskommissionen direkt an ihre früheren dänischen Importeure wenden und Butter auf ihre Rechnung beziehen.